

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Kai Widauer  
Rathaus

35315 Homberg (Ohm)

<b>Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Homberg (Ohm)</b>	
Eing.: 27. März 2019	Bearb.
Datum	Sichtvermerke

26. März 2019

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Freie Wähler für die Stadtverordnetenversammlung am 10. April 2019**

### **Überprüfung der Straßenbeitragssatzung**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Homberg (Ohm) vom 15. Juli 2009 zu überprüfen.
2. Magistrat und Verwaltung werden beauftragt,
  - a. innerhalb von drei Monaten eine Auflistung vorzulegen, aus der hervorgeht, welche Straßen in Homberg in den nächsten 5 Jahren ausgebaut bzw. erneuert werden müssen. Wenn möglich sollte eine ungefähre Schätzung der erforderlichen Kosten beigefügt werden.
  - b. bis Ende Juni 2020 alle Varianten für die Tragung der Ausbaurkosten auszuarbeiten und diese den Gremien vorzulegen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung hat spätestens bis zum Jahresende 2020 endgültig darüber zu entscheiden, ob die Straßenbeitragssatzung in Gänze aufgehoben oder eine andere Form der Finanzierung der Straßenausbaubeiträge festgeschrieben wird.
4. Alle geplanten Straßenbaumaßnahmen der Stadt Homberg(Ohm) werden bis zum Ende Überprüfung ausgesetzt.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

#### Begründung

Die Straßenbeiträge im Land Hessen sind seit Jahren in der Diskussion. Unserer Überzeugung nach sind Straßen Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge und müssen somit von der Allgemeinheit finanziert werden. Dies muss auch für Anliegerstraßen gelten. Die Finanzierungslast den Anliegern aufzubürden, führt immer wieder zu massiven Ungerechtigkeiten.

Die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) sowie des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) im letzten Jahr durch den Landesgesetzgeber versetzt die Kommunen nun in die Lage, andere Möglichkeiten der Finanzierung zu suchen. Dieser neu gewonnene Handlungsspielraum sollte auch in Homberg genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu entlasten und für Planungssicherheit zu sorgen.

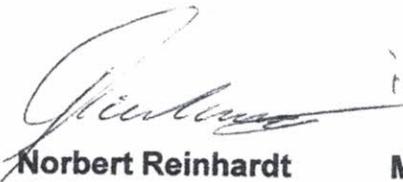
die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu entlasten und für Planungssicherheit zu sorgen.

Von daher erscheint es uns angebracht, auf die Erhebung von Straßenbeiträgen in der jetzigen Form zu verzichten und notwendige Ausbauten aus anderen Mitteln zu finanzieren.

Für die CDU-Fraktion

Für die SPD-Fraktion

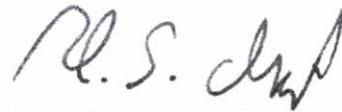
Für die Fraktion Freie Wähler



**Norbert Reinhardt**  
Fraktionsvorsitzender



**Michael Fina**  
Fraktionsvorsitzender



**Hans-Günter Maiß**  
Fraktionsvorsitzender